

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.1.1928 (No. 12)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiert Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Vertreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infrent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Länder und Reich Die Länderkonferenz in Berlin

M. Berlin, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Zu der Konferenz der Länder am Montag sind ungefähr 100 Teilnehmer angemeldet. Der Reichskanzler wird persönlich die Debatte mit einer kurzen Ansprache eröffnen. Dann folgen die Hauptreferate, die den Vormittag ausfüllen werden. Nach einem Essen beim Reichskanzler soll am Nachmittag die Diskussion beginnen, oder es sollen, wenn dies nicht gewünscht wird, sofort die Gegenreferate einleiten. Am Abend sind die Teilnehmer Gäste des Reichspräsidenten. — Das Reichskabinett hat in seinen gestrigen Beratungen über die Länderkonferenz ein Einverständnis über die zu behandelnden Punkte erzielt, die für die Verhandlungen als Grundlage dienen sollen. Man will am Schluß der Verhandlungen zu einer gemeinsamen Kundgebung der Reichsregierung und der Ministerpräsidenten der Länder zu gelangen suchen.

Ein bayerischer Aufruf

München, 14. Jan. (Tel.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten unter der Überschrift „Der Kampf um Bayern“ einen Aufruf, der von einer großen Zahl führender Männer aller Kreise unterzeichnet ist und für die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches eintritt. In dem Aufruf heißt es u. a.: Ohne eine gewisse wirtschaftliche Kraft und Macht als Rückhalt ist eine eigene, freie, im Heimatboden und dem Wesen seiner Bevölkerung wurzelnde kulturelle Entwicklung und Blüte nicht möglich und ohne eine gewisse politische bundesstaatliche Selbstbestimmung mit einer Gesetzgebungskompetenz und Finanzverwaltung ist eine entsprechend günstige Wirtschaftsentwicklung auf Grund der eigenen Vorbedingungen des Landes und seiner Bevölkerung in Bayern und ähnlich in den anderen Bundesstaaten auch nicht möglich. Das ist der Kernpunkt des Problems. Nur auf dem Wege des Bundesstaatsgedankens wird die Einheit und nationale Einheit aller Deutschen gesichert, einer bodenständigen wirtschaftlichen Kultur in ganzen deutschen Volke, die Entwicklung ermöglicht und für eine unbegrenzte Heimat- und Vaterlandsliebe aller Deutschen die Grundlage geschaffen, und auch nur so bei wirklich bundesstaatlicher Struktur des Reiches und seiner Verfassung ist dann der Zusammenschluß mit Deutschherren und die Wiedergewinnung der verloren gegangenen deutschsprachigen Gebiete und des allgemeinen Ansehens Deutschlands in der Welt möglich.

Die Staatsvereinfachung in Bayern

Der Entwurf eines Gesetzes über die Staatsvereinfachung in Bayern ist nun dem bayerischen Landtag zugegangen. Er sieht vor, daß bereits in allen Ministerien bis 1. April 1928 die Zahl der Besoldungsempfänger um mindestens 10 Proz. gegenüber dem Rechnungsjahr 1926 zu mindern ist. Die Einsparung ist auf die Besoldungsgruppen möglichst gleichmäßig zu verteilen. Im ganzen wird innerhalb der nächsten 5 Jahre mit einer Entlassung von etwa 2500 bis 3000 Stellen und nebenher der entsprechenden Senkung von Sachausgaben mit einer Minderung der Personalausgaben von im Beharrungszustande jährlich etwa 14 Millionen Reichsmark gerechnet. Die in Aussicht genommene Stellenverminderung entspricht jedenfalls dem Maße, das die Reichsverwaltung auf dem Wege erreichen will, daß von drei freiwerdenden Stellen grundsätzlich eine Stelle eingezogen wird.

Als unerlässliche Voraussetzung von dieser Senkung der Staatsausgaben verlangt der Entwurf neben der Entlastung des Staates von Staatsaufgaben eine großzügige Verwaltungs- und Büroreform und eine entsprechende Vereinfachung der bisherigen Einrichtung. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 9. Juli 1926 sind aber diese Reformen zeitlich nicht zum Abschluß zu bringen. Zwar liegt ein vom Gesamtministerium ausgearbeiteter Gesamtplan vor, der in der Hauptsache fertig gestellt ist. Dieser Plan ist aber in allen seinen Einzelheiten schon deshalb nicht zur Vorlage reif, weil neuerdings auf Verlangen des Reichstages von der Reichsregierung Verhandlungen über die Aufhebung von Reichsbehörden eingeleitet sind, von denen auch Bayern stark berührt wird.

Um ferner durch die Zweifel darüber, ob sich die Ermächtigung der bayerischen Regierung auch auf die Gerichte beziehen, den Vollzug der Maßnahmen nicht zu gefährden, fügt die Regierung dem Gesetz einen Katalog der zur Aufhebung in Aussicht genommenen Gerichte bei. Es handelt sich dabei um die Oberlandesgerichte in Augsburg und Bamberg, neun Landgerichte und 61 Amtsgerichte. Bestimmungen über Änderungen bei anderen Behörden müssen vor dem Inkrafttreten einem Landtagsausschuß „zur Abgabe etraiger Erinnerungen“ mitgeteilt werden. Für die ganze Behördenreform, ferner für die Geschäftsvereinfachung und die Sichtung und Zusammenfassung des Landesrechts hält der Gesetzentwurf eine Frist von drei Jahren und eine dementsprechend bemessene Ermächtigung der Regierung für erforderlich.

Japan und die Lage in der Mandchurei

London, 14. Jan. (Tel.) „Times“ berichtet aus Tokio, die Regierung beabsichtige nicht, in der Mandchurei für den Schutz der japanischen Untertanen in Lungshua zu intervenieren. Tokio ist der Ansicht, daß die Mandchurenregierung, die bereits auf die Vorstellungen des Premierministers Tanaka Truppen entsandt hat, in der Lage ist, die fremden Einwohner zu schützen. Japans Haltung ist „Times“ zufolge durch die innerpolitische Lage diktiert. Die Regierung sei entschlossen, weitere Verwicklungen in China zu vermeiden.

Letzte Nachrichten

Zum Rücktritt des Reichswehrministers

M. Berlin, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Zu der Krise im Reichswehrministerium ist zu bemerken, daß das Entlassungsgesuch Dr. Geklers dem Reichspräsidenten zur Stunde noch nicht vorliegt, wohl aber hat der Reichskanzler bereits einen entsprechenden Brief des Dr. Gekler erhalten. Daß das Entlassungsgesuch zurückgezogen wird, muß als ausgeschlossen bezeichnet werden. Wie der Minister unserem Berliner Vertreter erklärte, ist er so müde durch die vielen Schicksalsschläge, daß er unbedingt aus Berlin fort will. Er hat lediglich auf die Bitte Hindenburgs im Sommer von der gleichen Absicht schon einmal Abstand genommen. Über die Nachfolge ist noch gar nichts entschieden. Der Reichskanzler ist erst heute zum Vortrag beim Reichspräsidenten von Hindenburg geladen. Man ist sich noch gar nicht einmal über die Frage schlüssig geworden, ob ein Minister im Nebenamt kommissarisch den Posten verwalten oder eine andere Persönlichkeit ernannt werden soll. Darüber wird voraussichtlich auch mit den Führern der Regierungsparteien verhandelt werden. Dr. Scholz hat jedenfalls abgelehnt, das ist richtig, als ihm gestern nahegelegt wurde, Reichswehrminister zu werden. Er ist aber der einzige, dem ein solches Angebot gemacht worden ist, die andern Kombinationen sind fallsch.

* pr. Berlin, 14. Jan. (Tel.) Die „N. Z. am Mittag“ verzeichnet ein Gerücht aus parlamentarischen Kreisen, wonach auch eine Kandidatur Dr. Luthers für den Posten des Reichswehrministers in den Bereich der Möglichkeit einbezogen wird. Eine solche Kandidatur dürfte nach Ansicht des Blattes wohl vor allem bei der Deutschen Volkspartei Unterstützung finden, der Dr. Luthers vor nicht langer Zeit beigetreten ist.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

M. Berlin, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Zu verschiedenen Meldungen über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wird uns an zuständiger Stelle erklärt, daß es sich um keine Mißstimmung oder Meinungsverschiedenheiten handelt. Ein Aufbruch des Beginns der Verhandlungen sei dadurch notwendig geworden, daß noch geeignete Grundlagen in vorläufiger Aussprache der Verhandlungsführer und in Kommissionsberatungen gesucht werden müssen.

Ein Zwischenfall in Landau

M. Berlin, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Ein Berliner Blatt hatte berichtet, daß sich ein neuer Zwischenfall in Landau ereignet habe, wo ein deutscher Soldat der Reichswehr, der sich auf Urlaub befand, verhaftet wurde, weil er Anfragen von französischer Seite gegenüber mancherlei gesagt hat, was zu seinen Dienstobligaten gehört. Die Untersuchung ist eingeleitet, doch steht noch nicht fest, ob tatsächlich Landesverrat vorliegt.

Eine Nichtigstellung der Leuna-Werte

W.D. Halle, 14. Jan. (Tel.) Zu den verschiedenen Meldungen über die Betrügereien im Leuna-Wert teilt die Direktion der Leuna-Werte u. a. mit: „Es ist unwahr, daß ein Mitglied der Direktion des Ammoniakwerkes in die zur Zeit schwebende Strafuntersuchung verwickelt ist. Der Regierungsbeamte Schönberger war schon aus dem Dienste des Ammoniakwerkes ausgeschieden, als das Verbrechen gegen den Wassermeister Schönfeld und den schwebende Verfahren auch auf ihn ausgebeutet wurde. Justizrat Waller, der ebenso wie Regierungsbeamte Schönberger der Direktion des Ammoniakwerkes angehört, ist in keiner Weise in die zur Zeit schwebende Strafuntersuchung verwickelt. Wollig unwahr sind die Behauptungen, daß beschlagnahmtes Material zum Falle Schönfeld von der Direktion des Ammoniakwerkes unterdrückt worden sei.“

Eine kommunistische Organisation in Kowno

W.D. Kowno, 14. Jan. (Tel.) Eine weitverzweigte kommunistische Organisation ist am Freitag in Kowno von der politischen Polizei aufgedeckt worden. Nach der „Litauischen Rundschau“ sind bisher 19 Personen verhaftet worden. Unter den Verhafteten befindet sich eine größere Anzahl höherer Angestellter verschiedener Unternehmungen. Die Führer der Organisation, darunter ein Buchhalter der jüdischen Zentralbank und ein Apotheker, konnten ebenfalls verhaftet werden. Bei verschiedenen dieser verhafteten Personen wurden gefälschte Pässe vorgefunden.

Ende der Belagerung von Tschotschau

W.D. London, 14. Jan. (Tel.) „Times“ berichtet aus Peking: Nach Auslieferung ihrer Waffen, Munition und Artillerie sind drei Brigaden der Schanstruppen, die sich in Tschotschau nach einer Belagerung von vielen Monaten ergeben haben, nach Lungshau, östlich von Peking, gesandt worden. Der fünfte Teil der Häuser Tschotschaus wurde durch die Beschädigung zerstört. Etwa 300 an den Kämpfen nicht beteiligte Einwohner wurden getötet. Die Zahl der Verletzten wird auf 1000 geschätzt.

Wohnungsnot und Wohnungswirtschaft

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung bietet wenig erfreuliche Aussichten auf den Abbau des Wohnungsmangels und der Wohnungsbewirtschaftung. Zwischen beiden besteht insofern ein enger Zusammenhang, als auch nach Ansicht der fachlichen Gegner der Zwangswirtschaft eine wirklich freie Wohnungswirtschaft erst möglich ist, wenn Wohnungsbedarf und Wohnungsangebot sich einigermaßen miteinander decken. Die vom Reichsarbeitsministerium vorgenommene Untersuchung des Standes der Wohnungsfrage hatte daher den Zweck, einmal festzustellen, wie weit der vorhandene Bestand an Wohnungen auf Grund der öffentlichen Wohnbautätigkeit und der veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich bereits wieder dem Wohnungsbedarf angenähert habe. Das Ergebnis ist ziemlich negativ ausgefallen.

Auf Grund der Reichswohnungsabzählung wird festgestellt, daß in Deutschland etwa 1 Million mehr Haushaltungen als Wohnungen vorhanden sind. Bei den vor dem Kriege vorgenommenen Zählungen ergab sich aber immer, daß die Zahl der Wohnungen ungefähr der der Haushaltungen entsprach. Der Denkschrift des Reichsarbeitsministers liegt andererseits freilich die Annahme eines dringenden Fehlbedarfs von Wohnungen in Höhe von 600 000 im ganzen Deutschen Reich zugrunde. Zu dieser Zahl kommt noch ein jährlicher Zuwachsbedarf an 200 000 Wohnungen hinzu, der sich infolge Abnutzung alter Wohnungen, der natürlichen Bevölkerungsbewegung usw. ergibt. Auch diese Schätzung ist aber wahrscheinlich zu niedrig, und erfahrene Wohnungspolitiker beziffern den Fehlbedarf an Wohnungen im ganzen Reich gleichfalls auf rund 1 Million, eine Zahl, die mit dem oben erwähnten Ergebnis der Reichswohnungsabzählung durchaus in Übereinstimmung steht.

Aber selbst wenn man die niedrigeren Zahlen des Reichsarbeitsministeriums, denen die Annahme zugrunde liegt, daß mindestens 200 000 Haushaltungen wirtschaftlich gar nicht in der Lage wären, eine eigene Wohnung zu bezahlen, selbst wenn eine solche zur Verfügung stände, als richtig anerkennt, ergibt sich folgendes Rechenexempel: 200 000 Wohnungen müssen jährlich gebaut werden, um den natürlichen Mehrbedarf zu decken, also ohne daß dadurch die vorhandene Wohnungsnot überhaupt gemildert wird. Selbst wenn es gelingt, die Neuherstellung von Wohnungen auf Grund des öffentlichen Wohnungsbaus, die im Jahre 1926 rund 200 000 Wohnungen ausmachte, auf 250 000 jährlich zu steigern, wird es 12 Jahre dauern, bis das Gleichgewicht zwischen Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage wieder hergestellt sein wird. So lange müßte also die Wohnungszwangswirtschaft noch mindestens aufrechterhalten werden, wenn es nicht gelingt, die Leistungen der öffentlichen Wohnungswirtschaft wesentlich über das bisherige Maß hinaus zu steigern.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Zwangsmietengesetzgebung völlig nicht entbehrt werden kann, solange ein so starkes Mißverhältnis zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage besteht wie gegenwärtig. Durch die Zwangsregelung der Mieten wird wenigstens erreicht, daß der Anteil des Einkommens, den die Mieter im Durchschnitt für die Wohnungsmiete aufwenden müssen, zurzeit ungefähr der gleiche ist wie vor dem Kriege. Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministers betragen im Jahre 1913 die Ausgaben der Bevölkerung für Miete durchschnittlich etwa ein Sechstel bis ein Fünftel des Einkommens. Im Juni 1927 machte die gesetzliche Miete etwas weniger als ein Sechstel des Durchschnittseinkommens aus. Seitdem ist aber die gesetzliche Miete bekanntlich erhöht worden, so daß also jetzt der gleiche Anteil wie vor dem Kriege wieder erreicht sein dürfte. Die Neubaumiete dagegen beträgt bis zu einem Drittel des Einkommens. Ohne die öffentliche Wohnungsgesetzgebung würden also zurzeit die Mieten wahrscheinlich ganz allgemein so hoch sein, daß ein Drittel des gesamten Volkseinkommens zur Bezahlung der Miete verwendet werden müßte. Daß das ein volkswirtschaftlich unerträglicher Zustand wäre, bedarf keines Beweises. Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministers hätte im Herbst 1927 die Neubaumiete der von der öffentlichen Hand erbauten Wohnungen ohne das billige Hauszinssteuerkapital das Dreieinhalbfache der Friedensmiete betragen müssen. Nun kann man wohl annehmen, daß es der Privatwirtschaft bei freiem Wettbewerb gelingen würde, diese Preise erheblich zu senken. Aber wenn wir auch nur mit zwei- bis zweieinhalbfachen Friedensmieten bei freier Wohnungswirtschaft würden rechnen müssen, könnte unsere Wirtschaft diese ungeheure Belastung nicht ertragen. Allerdings würde dann auch die Last

der Hauszinssteuer, die gewiß nicht gering ist, in Wegfall kommen, aber für die große Masse der Mieter würde sich trotzdem eine unerträglich hohe Mietlast ergeben. Mit Recht wird auch in der Denkschrift dargelegt, daß bei vorsichtiger Schätzung aller Verhältnisse eine beträchtliche Steigerung der Mieten, wie sie zur Beseitigung der Mietenzwangsgesetzgebung gegenwärtig notwendig wäre, nicht möglich ist und auch in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird.

Auf der anderen Seite ist es klar, daß ein Fortbestehen der heutigen Wohnungswirtschaft für einen Zeitraum von mindestens noch 12 Jahre gleichfalls durchaus unerfreulich wäre, auch von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. In der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums wird gezeigt, daß im Jahre 1912 durch den Wohnungsneubau ein volkswirtschaftlicher Umsatz von rund 2½ Milliarden Mark erzielt wurde und einschließlich der den Wohnungsneubau beliefernden Industrien durch ihn etwa 1,3 Millionen Menschen beschäftigt wurden. Heute ist diese Zahl zweifellos sehr viel geringer, wenn sie auch leider bisher noch nicht berechnet worden ist. Aus alledem ergibt sich aber die Notwendigkeit, den Ruhezustand der öffentlichen Wohnungsbautätigkeit wesentlich zu steigern, um erheblich früher als in zwölf Jahren zu einem Ausgleichszustand auf dem Wohnungsmarkt zu gelangen. Wenn es, wie in der Denkschrift ausgeführt wird, nicht möglich ist, ausländische Anleihen in großem Umfang zur Finanzierung des Wohnungsneubaus heranzuziehen, so muß versucht werden, das inländische Sparkapital mehr als bisher diesem Zwecke dienstbar zu machen. In dem bisherigen Schneckentempo darf der Wohnungsneubau nicht länger betrieben werden, wenn die Wohnungsnot in den nächsten Jahren beseitigt werden soll.

Der Reichsetat vor dem Haushaltsausschuß

Im Haushaltsausschuß des Reichstags verteidigte am Freitag bei der Weiterberatung des Etats des Reichsarbeitsministeriums der Mitberichterstatter, Abg. Erising (Zentr.) die Höhe des Etats, von dem man behauptet, daß er bald eine Milliarde kosten werde. Die Sozialpolitik habe gesundheitsliche und andere günstige Folgen. Wünschenswert sei aber doch, daß auch die fremden Industrieländer dieselbe sozialpolitische Gesetzgebung durchführten. Der Redner schilderte die segensreiche Arbeit der Schlichter, die gefährliche Kämpfe, wie den englischen Bergarbeiterstreik in Deutschland vermieden hätten. Der Redner trat für eine Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungen ein u. wünschte Prüfung der Frage, ob die Gewerbeaufsicht vom Reich übernommen werden könne. Einer Erhöhung im Bauwesen müsse vorgebeugt werden, da sie eine Krise haben würde.

Abg. Behrens (Dnt.) schildert die Enttäuschung der Landarbeiter darüber, daß sie im Arbeitsschutzgesetz und im Berufsausbildungsgesetz nicht berücksichtigt worden sind. Auch die Landarbeiterbildung sei nicht genügend gefördert worden. Abg. Koch (Soz.) erinnerte daran, daß heute 50 Jahre seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes verfloßen seien. Die sozialen Gedanken hätten aber gesiegt. Das Vertrauen gegen die Reichspräsidenten der Oberversicherungsämter und Versorgungsgerichte fehle zur Zeit noch. Redner bittet den Arbeitsminister, auf eine Vorlage betreffend die Grenzen der Lohnpändung zu dringen.

Abg. Thiel (Dnt.) betonte, nicht alle Krankentassen wirtschaften sparsam. Die unerheblichen täglichen Fälle sollten die Krankentassen mehr den Patienten selbst überlassen, dafür aber für die wirklich schweren Krankheitsfälle mehr Mittel zur wirklichen Hilfe zur Verfügung stellen. Der Redner bat die Regierung, um Prüfung der Frage, ob nicht allgemeine soziale Hauptmaßnahmen geschaffen werden könnten.

Abg. Aufhäuser (Soz.) brachte die Lage der älteren Angehörigen zur Sprache. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns teilte mit, im Untersuchung für die Durchführung der internationalen Vereinbarungen beim internationalen Arbeitsamt sei Deutschland durch Herrn v. Kostitz, den Präsidenten des sächsischen Oberverwaltungsgerichts, vertreten. Aber wichtig bleibe, daß die Vereinbarungen auch in den anderen Ländern durchgeführt werden. Die Frage, ob die Gewerbeaufsichtsbeamten zu Reichsbeamten werden würden, werde bei den Beratungen über das Arbeitsschutzgesetz erörtert werden. Die Reform der Verwaltung der Sozialversicherung müsse kommen. Das Gutachten des Arbeitsausschusses des Reichswirtschaftsrates über die Höchstzahl der Lehrlinge im Handelsgewerbe gehe dahin, daß das Reich eine Rahmenverordnung erlassen möge, innerhalb deren die Länder Ausnahmen zulassen könnten. Sein Appell an die Wirtschaft gehe dahin, die über 50 Jahre alten Angestellten nicht brotlos werden zu lassen. Die Grenzen der Lohnpändung zu erhöhen, werde in seinem Ministerium erwogen.

Abg. Herrmann (B. Lgg.) erklärt, die Verwaltungskosten der Sozialversicherungseinrichtungen seien viel zu hoch. Zu kostspielige Bauten würden aufgeführt. Angenommen wurde eine Entschärfung der Sozialdemokratie, die Reichsregierung zu erforschen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der älteren Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die rechtliche Benachteiligung der technischen Angestellten gegenüber anderen Berufsgruppen der Angestellten beseitigt wird. Schließlich fand Annahme ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, dahin zu wirken, daß alsbald ein Gesetzentwurf die derzeitige Lohnpändungsgrenze erhöht.

Bei der heute, Samstag, fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums beim Kapitel „Sozialversicherung“, fordert Berichterstatter Abg. Koch (Soz.) gewisse Aufsichtsbefugnisse für das Ministerium, wenn wegen Bagatellsachen bis an die höchste Instanz, das Reichsversicherungsamt, geschritten würde.

Abg. Trausch (Zentr.) stellt Anfragen bzw. Forderungen an das Reichsarbeitsministerium: 1. Der Bezug des Kindergeldes und der Rentenrente für hauswirtschaftliche Lehrlinge von 15 bis 18 Jahren muß sichergestellt werden. 2. Bei der Erhöhung der Invalidenrente darf keine Verkürzung der Fürsorgeausgaben eintreten. 3. Die Unfallrente muß nach dem Berufseinkommen, das beim Unfall tatsächlich bezogen wurde, berechnet werden. 4. Es muß für die Verbesserung der Bezüge der Invaliden ehemaliger Heeresbetriebe ein schnelleres Verfahren eintreten. 5. Die Lage der Werkpensionäre muß verbessert werden.

Abg. Dr. Gremer (Dnt.) bringt die Versendung von Kranken durch die Krankenkasse in russische, statt in deutsche Bäder zur Sprache.

Am Montag soll das Ministerium für die besetzten Gebiete, am Dienstag der Pensionsetat, am Mittwoch der Etat des Auswärtigen Amtes beraten werden.

Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers

Reichswehrminister Dr. Gehler hat dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler den Wunsch ausgedrückt, von seinem Amt zu scheiden. Botsprechungen, die mit ihm abgehalten wurden, konnten ihn nicht von seiner Absicht abbringen.

In parlamentarischen Kreisen erinnert man an die Vereinbarung, die bei der letzten Kabinettsbildung zwischen der Regierungspartei und der Deutschen Volkspartei das Reichswehrministerium bekommen sollte, sobald der bereits damals akute Rücktritt Dr. Gehlers Wirklichkeit werden würde. Deshalb hat der Reichspräsident dem Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, den Posten des Reichswehrministers angeboten. Dr. Scholz hat jedoch abgelehnt, da die parlamentarische Lage gerade in den nächsten Monaten sein Verbleiben in der Leitung der Fraktion erfordert. In parlamentarischen Kreisen hält man es nunmehr für wahrscheinlich, daß die Frage der Nachfolge Dr. Gehlers so gelöst wird, daß bis zu den Neuwahlen eine kommissarische Beauftragung erfolgt, etwa in der Form, daß einer der anderen Reichsminister die Leitung des Ministeriums mit übernimmt. Für den Fall einer kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte wird nicht nur der Reichskanzler, sondern auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius genannt. Der Reichspräsident dürfte sich jedoch zu einer provisorischen Regelung erst entschließen, wenn die Veruche, einen neuen Mann für das Wehrministerium zu finden, gescheitert sein sollten. Die „Germania“ sagt: Ob der Volkspartei die Bemühung um dieses Amt gelingen wird, ist durchaus noch fraglich. Es gibt nicht unbedeutende Kräfte, die eine parteipolitisch nicht gebundene Kandidatur empfehlen. In diesem Zusammenhang hört man den Namen von General Ordner. Die „Deutsche Zeitung“ verzeichnet den Austausch des Generalen, der General Gehrke als Stellvertreter des Reichswehrministers einzusetzen. Der „Berl. Volkstanz.“ verzeichnet das Gerücht, daß in der Umgebung des Kanzlers der Bedanke erörtert worden sei, den früheren Reichsinnenminister Dr. Kütz in das Reichswehrministerium zu berufen. Der „Vorwärts“ schreibt: Der Reichswehrminister Dr. Gehler ist, das müssen auch seine Gegner ihm nachsagen, nie ein „Kleber“ gewesen. Später traten schwere Schicksalsschläge in der Familie und eigene Krankheit dazu, um den Wunsch zurückzutreten, zu verstärken. Sein Abschiedsgesuch kommt der Regierung aber in diesem Augenblick ebenso unwillkommen, wie in früheren; denn für die Erbschaft, die Gehler hinterläßt, ist nicht so leicht ein Erbe zu finden. Ein jetzt zu ernennender Reichswehrminister wäre doch nur ein Platzhalter für den Mann, der nach den nächsten Wahlen kommen wird.

Graf Westarp zur Lage

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Westarp, hielt Donnerstagabend in einer Versammlung des Kreisvereins Kassel eine Rede, in der er den Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei dahin festlegte, daß der Anspruch auf die Räumung der besetzten Gebiete unbedingt und unbegrenzt sei ohne Kompensationen. In der Frage der Kriegsschuld habe das letzte Jahr, abgesehen von der Annahmegründe, keinen Erfolg gebracht. Artikel 231 des Versailler Vertrages müsse aus der Welt geschafft werden. Bei Erneuerung der Sicherheitsverträge und Nichtantrittspunkte wandle sich der Redner entschieden gegen ein Ostloancrisis. Wir müssen im Sommer, so führte Graf Westarp weiter aus, eine verhandlungsfähige Regierung haben. Das kann nicht erreicht werden, wenn vorher gehandelt wird. Die jetzige Koalition hat sich aufeinander eingestellt und wird sich weiter aufeinander einstellen. Die Deutschnationale Volkspartei sei geneigt, vertrauensvoll mit dem Bunde zur Erneuerung des Reiches zusammenzuarbeiten. Die Deutschnationale Volkspartei lehne jedoch den Gedanken des unitarischen Einheitsstaates mit Entscheidung ab, ebenso die Verwandlung Preußens in ein Reichsland. Für eine Stärkung der Gewalt des Reichspräsidenten sei einzutreten und gegen den Absolutismus der Parlamentsherrschaft und der Parteien zu kämpfen. Die Beseitigung des Dualismus zwischen dem Reich und Preußen durch Bestellung einer Personalunion von Reichskanzler und preussischem Ministerpräsidenten sei anzustreben.

Dr. Breitheid über sozialistische Außenpolitik

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitheid sprach Donnerstagabend in Freiburg auf Einladung der sozialistischen Kulturgesellschaft und der sozialistischen Studentengruppe der Universität Freiburg über das Thema „Sozialistische Außenpolitik und Völkerverbund“ und unterstrich hierbei die Notwendigkeit, augenblicklich mit den bürgerlichen Parteien auf politischer Zusammengehörigkeit, verwies er dabei auf die Verschiedenheit der Motive der Parteien. Der Redner ging dann auf den Völkerverbund ein und legte eingehend die Mängel dar, die ihm noch anhaften. Dem Völkerverbund fehle die Aufstellung eines Rechtsprinzips, wonach Verträge, die geschlossen sind, Grenzen, die gezogen sind, geändert werden können. Der Völkerverbund sei keine überstaatliche Organisation, sondern nur ein Staatenbund, der sich zu bestimmten Zwecken zusammengetan habe, von denen aber jedes einzelne Mitglied seine politische Souveränität behalte. Redner forderte nachdrücklich, daß Deutschland in der Abrüstungsfrage vorangehen müsse. Im Völkerverbund gebe es keinen Zwang zur schiedsgerichtlichen Regelung politischer Konflikte, es gebe nur eine Empfehlung dazu. Es müsse eben eine Instanz geschaffen werden, die das Vertrauen besitzt, daß sie nicht einseitig, sondern den Interessen der gesamten Nationen entsprechende Urteile in rechtlichen wie in politischen Konflikten fällt. Redner schloß mit einem Bekenntnis zur sozialistischen Arbeiterinternationale, die allein imstande sei, die Wurzeln des Krieges, den Kapitalismus, in seinen Grundzügen zu erschüttern und zu vernichten.

Die russischen Verbannungsurteile

W. D. Subi, 14. Jan. (Tel.) Der „Volkswille“, das Reichsorgan der deutschen Linkskommunisten, veröffentlicht direkte Nachrichten aus Moskau, wonach die Verbannungsbescheide für die russischen Oppositionsführer für die ganze Opposition erteilt und von der Staatspolizei gewaltsam durchgeführt wurden. Während Sinowjew und seine Anhänger an ihre Verbannungsstätten fahren durften, wurden alle anderen unter polizeilicher Begleitung gewaltsam fortgeführt. Die Nachricht, daß Trotzki sich geweigert habe, dem Befehl nachzukommen, wird von dem Blatt bestätigt. Ferner wird von dem Blatt behauptet, daß die Getreidebeschaffungssaktion von der gegenwärtigen Regierung als völliger Fehlschlag gegeben wurde. Gegenwärtig laufe die russische Regierung Wehl im Ausland auf, zum Teil dasselbe, das exportiert worden war. In allen Städten mache sich Brotmangel bemerkbar.

Wander der kommunistischen Jugend Russlands. Nach einer Meldung der Moskauer „Pravda“ sollen demnächst Karawanen und Wander von der kommunistischen Jugend von ganz Russland stattfinden. Die militärischen Übungen werden mit dem 10. Jahresfest der Roten Armee, d. h. am 23. Februar stattfinden.

Kurze Nachrichten

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag seine erste öffentliche Sitzung nach den Weihnachtstagen ab. In der Beirat der Reichsmonopolverwaltung wurde an Stelle des aus dem Reichsrat ausgeschiedenen bayerischen Vertreters v. Wolf der bayerische Ministerialdirektor Dr. Ganner entsandt. U. a. wurde der Gesetzentwurf über Anrufung des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag angenommen.

Die Gültigkeit der hessischen Wahlen. Die entscheidende Sitzung des Hessischen Staatsgerichtshofes ist noch nicht anberaumt. Der Vorlauf der Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich ist auch bis jetzt aus Leipzig noch nicht in Darmstadt eingetroffen.

Ein Frühstück bei Briand. Wie Habas berichtet, hat der französische Außenminister Briand Freitag mittag in Paris ein Frühstück veranstaltet an dem der frühere Reichskanzler Dr. Wirth, der deutsche Botschafter von Götze, die Vorbesitzer der Senats- bzw. Kammerausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, sowie der französische Völkerverbandsdelegierte, Abg. Loucheur, teilnahmen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung

(Nachtrag zur Tagesordnung der 9. Sitzung am Donnerstag 19. Januar, vormittags 10 Uhr.)

I. Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über die Mitteilung des Herrn Ministers des Innern vom 29. Oktober 1927, Unfallbürgschaft des Reichs und der Länder für Lieferungsgegenstände nach Ausland, Berichterstatter Abg. Dr. Föhr.

II. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über

- a) die Gesetzentwürfe
 1. zur Änderung des Gesetzes über die Einführung der Reichsjustizgesetze in Baden (Druckf. Nr. 41 und 41a), Berichterstatter Abg. Dr. Wolfhard,
 2. über die Ermächtigung von Mitgliedern oder Beamten der Jugendämter zur Aufnahme vollstretbarer Verpflichtungserklärungen zum Unterhalt unehelicher Kinder (Druckf. Nr. 42 und 42a), Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann;
- b) die Anträge der Abgeordneten
 1. Reichleiter u. Gen., Mieterschutz (Druckf. Nr. 9 und 9a), Berichterstatter Abg. Dr. Walder,
 2. Kühn u. Gen., Verwendung von Verordnungsanwärtern im Reichs-, Staats- und Gemeindefeld (Druckf. Nr. 22 und 22a), Berichterstatter Abg. Dr. Schmittknecht;
- c) die Gesetze
 1. des Bad. Gastwirteverbandes, Konzeptionswesen, Berichterstatter Abg. Kühn,
 2. des Bad. Vätererinnerverbandes, Arbeitsbeginn der Vätererinnere, und des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, Sitz Hamburg, Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, Berufsausbildung und Unfallversicherung, Berichterstatter Abg. Marzloff.

Die Israeliten in Baden

B. A. Die Gesamtzahl der Israeliten, die bei der Volkszählung im Jahre 1925 ermittelt worden sind, beträgt 24 064, d. h. 1,1 Proz. der Gesamtbevölkerung des Landes. Gegenüber dem Reichsdurchschnitt (0,9 v. H.) sowie den Nachbarländern Württemberg (0,4 v. H.) und Bayern (0,7 v. H.) ist der Anteil der Israeliten an der Einwohnerzahl des Landes verhältnismäßig groß: In Preußen sind, wie in Baden, 1,1 v. H. der Bevölkerung Israeliten, lediglich Hessen übertrifft mit 1,5 v. H. alle größeren deutschen Einzelstaaten und den Reichsdurchschnitt.

Mehr als vier Fünftel der Israeliten Badens wohnen in Städten und Landgemeinden der Rheinebene. Mannheim allein beherbergt 6972 Israeliten fast jeder dritte Jude des Landes wohnt in Mannheim. Nach Mannheim folgen die Städte Karlsruhe mit 3886 Israeliten, Heidelberg mit 1412, Freiburg mit 1399, Pforzheim mit 886, Bruchsal mit 603, Konstanz mit 537 usw. In keiner dieser Städte sind aber mehr als 4 v. H. der Einwohner jüdisch. Berücksichtigt man den Anteil der Israeliten an der Gesamtbevölkerung einzelner Gemeinden, dann steht Gailingen (im Bezirk Konstanz) mit nahezu einem Viertel (24,6 v. H.) jüdischer Bevölkerung weit aus der Reihe; in großem Abstände folgen Schmiedheim (Rahr) mit 17,8 v. H., Reichenlohe mit 16,5 v. H., Neufreistadt mit 15,8 v. H. und Sulzburg (Staufen) mit 11,2 v. H. Israeliten. In 19 Gemeinden beträgt der Anteil der Juden an der Einwohnerzahl 5–10 v. H. usw. Insgesamt wurden in 242, also ungefähr einem Sechstel der Gemeinden des Landes bei der Volkszählung 1925 Israeliten ermittelt. Vor 100 Jahren ergab die Verteilung der Israeliten über das Land noch ein völlig anderes Bild. Nach der Volkszählung vom Jahre 1825 lebten vor 100 Jahren 17 577 Israeliten in Baden. Der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung des Landes betrug damals nur 1,6 v. H. Rund drei Viertel aller Juden wohnten in Nordbaden (hauptsächlich in den Bezirken Karlsruhe, Mannheim, Mosbach, Emsheim, Adelsheim und Tauberbischofsheim) und zwar fast ausschließlich in Landgemeinden. Infolge der Aufenthaltsbeschränkungen für die Juden wurden vor 100 Jahren in den Städten Konstanz, Offenburg, Baden, Rahr, Willingen usw. keine Israeliten ermittelt. Bezeichnend für die damalige Zeit war das dichte Zusammenwohnen der Israeliten in größeren Gemeinden; das in einer Gemeinde nur 1 oder 2 israelitische Familien lebten, kam sehr selten vor. Die Zahl der Gemeinden, in denen bei der 1825er Volkszählung Israeliten wohnten, beträgt 173, d. h. rund ein Zehntel aller Gemeinden des Landes. Die größte Zahl Juden beherbergte wie heute Mannheim (1456), es folgten Karlsruhe (893), Gailingen (596), Pforzheim (438), Heidelberg (349), Schmiedheim (325), Randegg (289) usw. Das engere Zusammenwohnen der Juden vor 100 Jahren gegenüber heute erhellt deutlich aus folgendem Vergleich: Im Jahre 1825 lebten nur in 9 Gemeinden weniger als 10 Israeliten, heute in 97 Gemeinden. Dementsprechend war auch der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung einzelner Gemeinden viel größer als heute. Vor 100 Jahren gab es 9 Gemeinden, in denen der prozentuale Anteil der Israeliten an der Einwohnerzahl 25 v. H. und mehr betrug, heute gibt es keine Gemeinde mehr mit diesem hohen Prozentanteil. Vor 100 Jahren betrug der Anteil in 36 Gemeinden 10–25 v. H., heute nur noch in 5 Gemeinden. In Gailingen waren vor 100 Jahren von 100 Einwohnern 47,6 Juden, in Randegg 40,5, in Banger 39,3, in Schmiedheim 36,4 usw. Gailingen war während des ganzen vergangenen Jahrhunderts die Gemeinde mit dem größten Prozentsatz jüdischer Bevölkerung; vorübergehend hatten die Israeliten in Gailingen sogar die absolute Mehrheit.

Reichsfinanzminister Dr. Röhrer in Konstanz

14. Jan. Wie die „Deutsche Bodenzeitung“ meldet, wollte Reichsfinanzminister Dr. Röhrer zu kurzem Besuch seiner Mutter gestern in Konstanz. Nachmittags 8.35 Uhr trat er die Rückreise nach Berlin an. Am Bahnhof unterhielt sich der Minister mit führenden Zentrumsleuten der Stadt über schwebende politische Fragen. Dabei wurde u. a. auch auf die schwierige Lage der Gemeinden und Privatpersonen wegen der Abzahlung der aus dem Krieg und der Inflation herrührenden Schweizer Milchschulden hingewiesen. Der Minister erklärte sich bereit, erneut in eine Prüfung dieser Frage einzutreten. Er hofft in einer Ende Januar in Berlin stattfindenden Besprechung mit Vertretern Badens die Angelegenheit einer Lösung näher zu bringen.

Gemeinde-Rundschau

Gegen die Wiedereinführung der Näherarbeit. Die freierwerblich organisierten Bäcker- und Konditorei-Gehilfen in Mannheim sprachen sich in einer Entschließung in schärfster Weise gegen jede Art einer Durchlöcherung oder Aufhebung des Verbotes der Nacht- und Sonntagsarbeit aus. Die Gehilfen wurden aufgefordert, sich allen Versuchen und Bestrebungen der Bäckermeister, die Arbeit vor 5 Uhr zu beginnen, zu widersetzen, da der 4-Uhr-Arbeitsbeginn der Nachtarbeit gleichkomme. Notwendig sei eine durchgreifende Beaufsichtigung der Betriebe durch Einsetzung von Kontrollkommissionen.

Der Termin für die Mannheimer Oberbürgermeisterwahl. Die Wahl des Oberbürgermeisters und eines Bürgermeisters von Mannheim findet, wie in der Stadtratsitzung beschlossen wurde, am Montag, den 30. Januar, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr im Rathaus statt.

Der neue Stadtkapellmeister in Offenburg. Der Bürgerausschuß Offenburg hat beschlossen, die Stadtkapellmeisterstelle anstatt mit 2000 M mit 5400 M in Zukunft zu dotieren. 1400 M trägt der Orchesterverein, dessen Dirigent gleichzeitig der Stadtkapellmeister ist. Der neue Leiter der Stadtkapelle ist Stadtkapellmeister Schläger, Braunschweig, ein geborener Münchener.

Bürgermeisterernennung. Nachdem in Seefeld der dritte Wahlgang zur Bürgermeisterwahl ergebnislos verlaufen ist, wurde nunmehr von Amts wegen der Gemeinderat Ernst Kiermann zum Bürgermeister ernannt.

Der Gemeinderat St. Blasien erörterte die Forderungen in der Entschädigungsfrage beim Bau des Schlusseebeckes und beschloß, sich dem Vorgehen anderer Gemeinden in dieser Frage anzuschließen. Der Bildung eines Zweigverbandes zur Offenhaltung der Straße Seeburg-St. Blasien wurde, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bürgerausschuß, zugestimmt. Von den Kosten, die den beteiligten Gemeinden verbleiben, werden 60 Proz. auf die Gemeinde St. Blasien übernommen. Dem Protest der anderen Gemeinden wegen Führung der Landstraße Nr. 60 beim Bahnhof Seeburg schloß man sich an und verlangte, daß die alten Projekte über die Führung der Landstraße wieder aufgegriffen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. In der am Montag, den 16. Januar stattfindenden Volksbühnen-Aufführung des Schwanes „Der Glucksstern“ von Gustav Meißner, bleibt der 4. Rang für den allgemeinen Kartenverkauf vorbehalten. — Anzengrübners „Viertes Gebot“ kommt am Dienstag, den 17. und Gustav Freytags Lustspiel „Die Journalisten“ am Donnerstag, den 19. Januar zur Wiederholung. — Am Samstag, den 21. Januar, wird das Lustspiel „Alisa oder: Die gelbe Rose“ von Paul Korfeld unter der Spielleitung Felix Baumbachs zur hiesigen Aufführung kommen. Am Sonntag, den 22. Januar, gehen als Nachmittagsvorstellung wiederum „Rag und Mork“ und „Die Puppenfee“ in Szene. — Im Konzerthaus wird abends: „Der Haub der Sabinerinnen“ wiederholt.

IV. Volksfonionkonzert. Seit Brudner und Mahler sind gar wenige sinfonische Werke geschrieben worden. Reger, der vielleicht berufen gewesen wäre, auch auf diesem Gebiet die große Tradition fortzuführen, hat uns leider nur Ansätze dazu hinterlassen. Um so mehr dürfen aber heute Sinfonien aus seinem Schülereis interessieren, sofern sie die charakteristischen Merkmale dieses Meisters tragen. Daher beantragt die dritte Sinfonie von Joh. Senfter, die im vierten Volksfonionkonzert am Montag, den 16. Januar in der städt. Festhalle zur Aufführung gelangt, besondere Aufmerksamkeit. Denn diese heftige Komposition ist nicht nur, wie ihre in der „Neuen Musikzeitung“ vor einiger Zeit veröffentlichten „Erinnerungen an Max Reger“ zeigen, persönlich ihm sehr nahe, sie vertraute sich auch 1 1/2 Jahre seiner überlegenen geistigen Leitung an mit dem Erfolg, daß ihre von Reger früh erkannte „außerordentliche Begabung“ in Leipzig zu voller Reife kam. Vor diesem Hauptwerk des Abends bringt die Vortragsfolge zunächst Fandus Londons Sinfonie in D-dur, und außerdem begleitet das Landestheaterorchester noch unter Kapellmeister Rudolf Schwarz Mozarts A-dur-Violinkonzert. Solist ist Konzertmeister Josef Peischer, von seiner früheren Tätigkeit am Landestheater weitesten Musikkreisen schon bekannt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das nördliche Tiefdruckgebiet hat in den letzten 24 Stunden wiederholt leichte Regenfälle gebracht. Im Hochschwarzwald, oberhalb 1000 Meter, bei Temperaturen von 1 bis 3 Grad Kälte, ist etwas Neuschnee gefallen. In der Ebene liegen die Temperaturen bei 4 bis 6 Grad Wärme. Südwestlich Irland rückt wieder eine Tiefdruckstörung heran, die morgen erneut Anlauf zum Durchzug einer Regenfront durch Mitteleuropa geben wird. — **Wetterausichten für Sonntag, den 15. Januar:** Nach vorübergehend, kurz anhaltender Nebensituation stark aufziehende südwestliche Winde, Regen, noch etwas milder, Hochschwarzwald Weststurm.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schwetzingen, 14. Jan. Seit längerer Zeit sind hier die Arbeiten zur Errichtung eines Selbstschutzhauses für den Fernsprechtarif im Gange. Voraussichtlich kann der automatische Betrieb, für den dreistellige Nummern vorgesehen sind, bereits im Februar seiner Bestimmung übergeben werden.

23. Teningen, 12. Jan. In einer Sitzung des Bürgerausschusses wurde die Abtretung von rund 210 Ar Wiesen an der Straße nach Kündringen an das Aluminiumwerk F. Scheulin G. m. b. H. Deitzlingen zum Preis von 40 M pro Quadratmeter beschlossen. Auf dem abgetretenen Gelände soll ein weiteres Aluminiumwerk errichtet werden. Förderer des Unternehmens ist der Gründer und langjährige Direktor des Preisgau-Aluminiumwerks Scheulin, der seit seinem Austritt aus diesem Werk eine Fabrik in Deitzlingen (Württemberg) betreiben hatte und nun nach Ablauf der Karenzjahre sich wieder in der alten Heimat industriell betätigen will.

Frozheim, 13. Jan. Anlässlich eines Gastspiels der Wiener Revue „Das lebende Magazin“ kam es zu einer Protestkundgebung, als in einer Programmnummer Beethovens Neunte Symphonie musikalisch auf wenige Takte aus allen Sätzen zusammengestoppelt, fälschlich dargestellt durch eine nackte Frauengestalt, die ausgerechnet beim Andanethema des dritten Satzes aus einer erotischen Blume herauswächst, verunglimpft wurde.

23. Vörsch, 14. Jan. Heute nacht trat ein Dammbruch am Berkanal zwischen Lüringen und Vörsch ein. Der ganze Sportplatz am Wasserwerk steht unter Wasser. Das Wasserwerk selbst ist außer Betrieb, da jede Möglichkeit fehlt, die Pumpen in Bewegung zu setzen. Zwei Abteilungen der Feuerwehr sind noch in Tätigkeit.

23. Waldshut, 12. Jan. Mit Beginn des neuen Jahres ist die Geschäftsübergabe des Gipswerks Butachmühle an den neuen Besitzer Fr. Burger Söhne, Ewatingen, vollzogen. Mit dem Werk gingen auch das Wohngebäude und die Felder zum Preis von 85 000 M in den Besitz der Firma über. In dem der Gemeinde gehörigen Gipsbruch darf nun nicht mehr die obere Schicht abgebaut werden, sondern der neue Besitzer ist gezwungen, Stollen zu bauen, um weiteres Material zu erhalten.

23. Lausheim (N. Waldshut), 13. Jan. Die Lausheimer beabsichtigen, den ihnen zum eigenen Argernis gewordenen Ortsnamen durch einen weniger mißliebigen zu ersetzen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Jan.		13. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.20	169.54	169.11	169.45
Kopenhagen 100 Kr.	112.42	112.64	112.38	112.60
Italien . . . 100 L.	22.185	22.225	22.195	22.235
London . . . 1 Pf.	20.46	20.50	20.45	20.49
Newyork . . . 1 D.	4.1935	4.2015	4.192	4.200
Paris . . . 100 Fr.	16.495	16.535	16.485	16.525
Schweiz . . . 100 Fr.	80.82	80.98	80.80	80.96
Wien 100 Schilling	59.075	59.195	59.07	59.19
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.455	12.425	12.445

Außerordentliche Generalversammlung der J. G. Farben-Industrie A.-G.

23. Frankfurt a. M., 14. Jan. (Tel.) In der heutigen stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung der J. G. Farben-Industrie A.-G., die über die bekannten Beschaffungspläne zu beschließen hatte, waren über 300 Aktionäre anwesend mit 912 672 500 M Aktienkapital, die 712 672 500 M Stammaktien und 100 Millionen Vorzugsaktien A. und 40 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien B. vertreten. Die neuen Mittel sollen teils zur Sicherung der stark gestiegenen Umsätze, teils zum Ausbau der nun erschlossenen Gebiete Verwendung finden. Den Anträgen der Verwaltung entsprechend wurde der Vorstand zur Ausgabe der bekannten Obligationenleihe von 250 Millionen Reichsmark ermächtigt. Die Versammlung beschloß ferner 60 000 Stück Vorzugsaktien Serie A. über je nominell 1000 M in Stammaktien umzuwandeln. Alle Dividendenberechnung dieser Aktien beginnt mit 1. Jan. 1928. Auch im übrigen sollen diese Aktien von diesem Zeitpunkt ab den alten Stammaktien gleichgestellt werden. Aber die geschäftliche Lage wurde berichtet, daß das Unternehmen in allen Geschäftszweigen gut beschäftigt ist und für das abgelaufene Geschäftsjahr mit einer Dividende von 12 Proz. für die Stammaktien gerechnet werden kann.

Der Privatbankier für lange Sicht ist um ein Viertel Proz. ab Freitag ermäßigt worden, so daß jetzt wie aus Berlin gemeldet wird, kurze und lange Sicht auf sechs Proz. stehen.

Keine Mercedes-Kennungen mehr. Die Daimler-Benzwerke in Stuttgart-Untertürkheim haben sich laut „Vossischer Zeitung“ entschlossen, von allen automobilistischen Veranlassungen dieses Jahres, die für Kennwagen ausgeschrieben sind, fernzubleiben. Die Firma ist durch ihre Umstellung auf die Serienfabrikation der neuen kleineren Typen so sehr in Anspruch genommen, daß sie zur Zeit ihre ganze Kraft auf die Rationalisierung ihrer Betriebe konzentrieren muß.

Verschiedenes

Erste Ozeanfahrt des „L. S. 127“ schon für August geplant. Nach einem Bericht des „L. S.“ aus Friedrichshafen wird der neue deutsche Japellin „L. S. 127“ voraussichtlich schon anfangs Mai fertiggestellt sein. Nach wenigen Probefahrten über europäisches Festland soll schon im August eine Ozeanfahrt nach Nord- und Südamerika, wahrscheinlich sogar ohne Zwischenlandung erfolgen. Eine beachtliche große ununterbrochene Fahrt sei für das neue Luftschiff mit 105 000 Kubikmeter Gasinhalt durchaus möglich. Sein Aktionsradius gehe sogar noch weit darüber hinaus. Nach Nordamerika rechnet man je nach den Witterungsverhältnissen mit 80 bis 80 Stunden, nach Buenos Aires mit 90 bis 100 Stunden Fahrtdauer. Neben der Passagierbeförderung soll das neue Luftschiff hauptsächlich eilige Postkisten mitführen, die — nur etwa dreimal so teuer wie gewöhnliche — in einem Drittel der sonst notwendigen Beförderungszeit ans Ziel gelangen. Durch Verwendung einer neuartigen Gasmischung als Betriebsstoff entfallen bei „L. S. 127“ mindestens 30 000 Kilogramm toter Belastung, die „L. S. 126“ bei seiner ersten Amerikafahrt mit sich führen mußte. Zur ersten großen Fahrt sind auch ausländische Fachleute, besonders Amerikaner eingeladen. Später ist eine Fahrt um die Welt mit bis 3 Zwischenlandungen geplant, falls das nötige Geld zusammenkommt. Das neue Luftschiff soll deutsches Nationaligentum bleiben, aber für bestimmte Fahrten verchartert werden, zunächst voraussichtlich an Spanien.

Ein neuer Nordpolflug

Wie aus Rom gemeldet wird, ist der Bau des Luftschiffes „N. 4“, mit dem unter Leitung des Generals Robile in nächster Zeit ein Flug nach dem Nordpol unternommen werden soll, nahezu fertiggestellt. Die Versuchsfüge sollen in aller nächster Zeit aufgenommen werden. Das Luftschiff wird dann mit einem italienischen Kriegsschiff nach Spitzbergen gebracht werden.

Leichenberaubung in einem Krematorium

Mehrere Angestellte des Krematoriums Berlin-Wilmersdorf, wurden unter dem schweren Verdacht der Leichenberaubung festgenommen. Es wurde festgestellt, daß bei einer Leiche, die in diesen Tagen verbrannt werden sollte, die wertvollen Goldgebisse fehlten. Verhaftet wurden der Portier Bipto, sowie die beiden Heizer Hille und Köchling.

Gefängnis für einen Neue-Verfasser

23. Paris, 14. Jan. (Tel.) Wie Havas aus Antwerpen berichtet, wurde der Verfasser einer Revue, die als etwas freigegeben wurde, nach eintägigem Verhör verhaftet und ins Gefängnis abgeführt.

Das Bergwerkunglück in Columbia
23. Bogota, 14. Jan. (Tel.) Die infolge Einsturzes in einem Bergwerk bei Cali am Dienstag eingeschlossenen 100 Bergleute sind sämtlich gerettet worden.

Der Mörder der Frau Winters in Mexiko erschossen
23. Mexiko, 14. Jan. (Tel.) Die Polizei verhaftete gestern einen jungen Maurer unter dem Verdacht, Frau Winters, die Gattin eines deutschen Buchhalters, am 10. Januar ermordet und beraubt zu haben. Als der Verhaftete einen Fluchtversuch machte, wurde er von der Polizei erschossen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Nr. 3692. Die dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände in Berlin erteilte und mit Erlassen vom 22. Februar und 17. März 1927 ausgedehnte Erlaubnis zur Sammlung von Geldspenden durch Versand von Werbeschriften und Veröffentlichung von Presseaufrufen sowie durch mündliche Werbung wird unter den bisherigen Bedingungen widerrufen bis 31. Dezember 1928 verlängert.

Karlsruhe, den 11. Januar 1928.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach

Bekanntmachung

Sammlungen.

Die dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen e. V. in Berlin W 9, Potsdamerstr. 126, erteilte Erlaubnis, im Lande Baden durch Werbeschriften und Auftrufe eine Werbung zur Vermittlung von Patentstellen und eine Sammlung zugunsten dieses Personentreifes vorzunehmen, wird bis zum 31. Dezember 1928 unter der Bedingung verlängert, daß der Reichsverband von jeder ermittelten Patentstelle und Unterstützung den zuständigen Bezirksfürsorgeverband benachrichtigt.

Karlsruhe, den 12. Januar 1928

Der Minister des Innern

Remmle

Dem deutschen Ledermuseum in Offenbach wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 12. Januar 1928.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Anstaltsarzt Medizinalrat Dr. Wilhelm Mödel an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Anstaltsarzt, zu Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriewachmeister Wilhelm Beeg in Strümpfelbrunn, Amt Rosbach, Gendarmeriewachmeister Franz Ehinger in Löffingen, Amt Waldshut, Gendarmeriewachmeister Karl Hebenstreit in Rülshaus, Amt Wetzheim.

Entlassen:
Gendarmeriewachmeister Josef Kögel in Gengenbach zwecks Abtritts in den Gerichtsdienst.

Justizministerium

Ernannt:
Zum Landgerichtsrat in Heidelberg: Erster Staatsanwalt Dr. Ernst Bammesberger daselbst; zu Ersten Staatsanwälten: in Freiburg Amtsgerichtsrat Dr. Georg Orth in Forzheim; in Mannheim Amtsgerichtsrat Wilhelm Frey in Staufen; zum Land- und Amtsgerichtsrat in Rosbach Amtsgerichtsrat Dr. Theodor Herrel daselbst; zum Amts- und Landgerichtsrat in Rosbach Staatsanwalt Dr. Erwin Courtin in Karlsruhe; zu Amtsgerichtsräten in Forzheim Staatsanwalt Wilhelm Martens in Freiburg, in Buchen Staatsanwalt Dr. Emil Schott in Karlsruhe; zu Staatsanwälten: die Gerichtsassessoren Dr. Arthur Emsheimer aus Forzheim, Gosbert Berg aus Karlsruhe, beide in Karlsruhe, Dr. Josef Gahn aus Würzburg und Paul Werner aus Appenweier, beide in Offenburg, Kanzleihilfe Johann Delfosse beim Landgericht Waldshut zum Kanzleiaffistenten.

Berufen:
Die Ersten Staatsanwälte Adolf von Oster in Freiburg nach Forzheim, Dr. Hermann Keller in Mannheim nach Vörsch, Dr. Leonhard Vender in Heidelberg nach Mannheim, Dr. Alfred Luppold in Mannheim nach Heidelberg; Amtsgerichtsrat Otto Wels in Buchen nach Staufen, Staatsanwalt Hellmuth Holsand in Offenburg nach Freiburg, Gerichtsverwalter Friedrich Gahn beim Landgericht Heidelberg als Justizinspektor zum Amtsgericht Heidelberg, Justizobersekretär Arthur Demange beim Amtsgericht Buchen zum Amtsgericht Heidelberg, Kanzeistattin Johanna Grether beim Notariat Vörsch zum Amtsgericht daselbst, Kusther Friedrich Lieb bei den Strafanklagen in Bruchsal zum Bezirksgefängnis Mannheim.

Zuruhegestellt:
Gerichtsoberverwalter Wilhelm Häuser in Wiesloch.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Professor Dr. Th. Pöschl an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag mit Wirkung vom 1. April 1928 an zum ordentlichen Professor für Mechanik (einschließlich Kinematik) und angewandte Mathematik an der Technischen Hochschule Karlsruhe.
Lehramtsassessor Dr. Ernst Fehete an der Fichteschule in Karlsruhe zum Professor an der Fichteschule in Karlsruhe, Lehramtsassessor Karl Endres an der Mädchenrealschule in Konstanz zum Professor an der Realschule in Radolfzell, Lehramtsassessorin Dr. Jenny Dreifuss an der Hans-Thomasschule in Mannheim zum Professor an der Elisabethschule in Mannheim.

Befähigt:
Die Wahl des Oberarchivrats Dr. Baier am Generalarchiv hier zum Sekretär der Badischen Historischen Kommission für die Amtsdauer von 5 Jahren.
Berufen in gleicher Eigenschaft:
Professor Dr. Hermann Kuppel in Freiburg (Realschule) an die Neuburg-Oberrealschule in Freiburg, Professor Rudolf Schäfer, bisher Lehrerseminar I in Karlsruhe, an die Helmholz-Oberrealschule daselbst, Professor Alfred Wagner vom ehem. Lehrerseminar I Karlsruhe an die Fichteschule — Abteilung Karl-Wilhelmsschule — in Karlsruhe, Reallehrer Robert Ebert vom ehemaligen Lehrerseminar I Karlsruhe an die Helmholz-Oberrealschule in Karlsruhe.

Bestorben:
Oberregierungsrat im Ministerium des Innern Karl Siebberger.



Badisches Landestheater

In der Städtischen Festhalle.
Montag, den 16. Januar 1928

4. Volks-Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Rudolf Schwarz
Solist: Josef Weischer
1. Londoner Sinfonie (D-Dur) Haydn
2. Violinkonzert A-Dur (Nr. 5) Mozart
3. Uraufführung: Dritte Sinfonie Senfster
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
Saal I. Abteilung 3 A
Vorankündigung: Montag, den 30. Januar, im Landes-
theater: 6. Sinfonie-Konzert. Leitung: Josef Krips.
Solist: Adolf Busch

Einladung.

Die Herren Mitglieder der Badischen Anwaltskammer werden zur
ordentlichen Kammerversammlung
auf
Sonntag, den 29. Januar 1928,
vormittags 10 Uhr und nachmittags 2 Uhr,
in das Justizgebäude zu Karlsruhe, Hans Thoma-
straße (Schwurgerichtssaal) ergebenst eingeladen.
Die vom Vorstand zu stellende Rechnung liegt für die Kammermitglieder während einer Woche vor der Versammlung auf dem Anwaltszimmer ebendasselbst auf.
Die lokalen Anwaltsvereine werden ersucht, die Herren Kollegen ihres Bezirkes noch besonders schriftlich einzuladen.
Im Anschluß an die Versammlung gemeinsames Mittagessen (5 Uhr).

Karlsruhe, den 29. November 1927.

Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer:

Dr. Dieck, Vorsitzender.

Tagesordnung:

- Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1927.
- Rechnungslegung.
- Entlastung des Vorstandes.
- Festsetzung des Jahresbeitrags zur Kammerkasse für 1928 einschließlich des Beitrages zur Leipziger Hilfskasse (Kammerbeschluss vom 14. April 1918) mit 50 M je nach der Einkufung des Mitglieds (Kammerbeschluss vom 28. Mai 1922) auf 60, 80, 100 M.
- Bewilligung von 4000 M zur Unterstützung von badischen Rechtsanwältinnen und deren Hinterbliebenen.
- Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung.
- Vorstandswahlen:
Es scheiden aus infolge Ablaufs der vierjährigen Wahlperiode die Herren:
Rufel Mitglied seit 1895
Dr. Sinauer " " 1899
Schleich " " 1918
Dr. Deuttsch " " 1920
Dr. Schöck " " 1924
Dr. Fürst " " 1924
Steinel " " 1924
außerdem infolge Amtsniederlegung gemäß § 45 Abs. 2 A.D.
Dr. Hagenburg, Mitglied seit 1897, zuletzt gewählt 1926.
Für ihn hat gemäß § 44 Abs. 2 A.D. eine Ersatzwahl stattgefunden.
Im Vorstand verbleiben die Herren:
Dr. Dieck Mitglied seit 1918
Dr. Dieckfeld " " 1914
Händel " " 1918
Vindek " " 1918
Dr. S. Rombach " " 1918
Dr. Selb " " 1920
Dr. S. Haas " " 1922
- Neuwahl eines Vertreters der Anwaltskammer als ehrenamtliches Mitglied des Finanzgerichts Karlsruhe und Vertreter aller übrigen ehrenamtlichen Mitglieder des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamtes Karlsruhe für die Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1934 (bisheriger Vertreter Dr. Dieck, Karlsruhe).
- Bericht über den Stand der Strafrechtsreform. Pause.
- Stellung der Rechtsanwälte im Rechts- und Wirtschaftsleben (Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Rechtsanwaltschaft).
Referenten: Dr. Günner, Karlsruhe, und Dr. A. Fürst, Heidelberg.
- Änderung der Rechtsanwaltsordnung.
- Berührenden.
- Beschließendes.

M. 322. Karlsruhe. Durch
Anschlußurteil vom 6. Ja-
nuar 1928 wurde die 3 1/2 %
bad. Schuldverschreibung
von 1879 Lit. B Nr. 7119
für kraftlos erklärt. Karls-
ruhe, den 12. Januar 1928.
Badisches Amtsgericht B. 11.

(Dienstbezirk Förster Acker
in Kronau): 392 Jm. For-
Abtschnitte I.-V. Kl. Maß-
stufen durch das Forstamt.
M. 321

Stammholzversteigerung.
Die Gemeinde Sams-
hurst versteigert am Mitt-
woch, den 18. d. M., mittags
12 Uhr im Firsch dahier nach-
verzeichnete Hölzer: 14 Eichen,
116 Eichen, 31 Erlen,
4 Birken, 2 Ahorn, und
2 Pappeln, wozu Steige-
rungsliebhaber eingeladen
werden.
S. 68
Der Gemeinderat.

**Forsten-Abtschnitte-
Versteigerung**
des Bad. Forstamts Philipps-
burg am Dienstag, den 24.
Januar 1928, vorm. 9 1/2 Uhr,
im Gasthaus zum „Kopf“
in Kirrlach aus Staatswald
Untere Kuhhardt Abt. 32



Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe
Kaiserstraße 146, gegenüber der Hauptpost
Wechselstube Hauptbahnhof
Besorgung aller Bankgeschäfte
Errichtung von Banksparkonten bei günstiger Verzinsung

Erstklassigen

**Straßenschotter
Gleisschotter
Betonchotter
Betonspalt
Stücksteine • Grus • Sand**

liefert
PORPHYRWERK DOSSENHEIM
Tel. Heidelberg 4094 H. Vatter Tel. Heidelberg 4094
Dossenheim a. d. Bergstraße
(seitler Staatliches Porphywerk.)

Tinte und Schminke Presse- und Bühnenfest 1928

Die bestellten Eintrittskarten können von Montag,
den 16. Januar 1928, ab im Zentralbüro der
Festleitung, Karl-Friedrich-Straße 14
(Redaktion der Karlsruher Zeitung)
an jedem Nachmittag zwischen
1/2 3 und 7 Uhr abgeholt
werden

TH. und O. HESSIG

Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
G. 768 Gegründet 1878

**Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.**

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsveranlagung 1928.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer,
Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sowie die beant-
worteten Fragebogen über die Gewerbetragsteuer sind
in der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928 unter
Verwendung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben.
Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung (Be-
antwortung des Fragebogens) verpflichtet sind, erhalten
vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch
das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz,
Umsatzsteuergesetz sowie Grund- und Gewerbesteuer-
gesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung
abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt
ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die
Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.
Für jeden Arbeitnehmer, dessen Arbeitslohn (ohne
Abzug von Freiteilen) im Kalenderjahr 1927 den Betrag
von 9200 M überstiegen hat, haben die Arbeit-
geber (auch Behörden) dem für den Arbeitnehmer zu-
ständigen Finanzamt spätestens bis zum 31. Jan. 1928
einen Lohnzettel nach vorgeschriebenem Muster einzu-
reichen. Die Vordrucke hierzu haben die Arbeitgeber
selbst zu beschaffen.
M. 325
Karlsruhe, im Januar 1928.
Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-
Land, Durlach und Ettlingen.

Walzschotterlieferung.

Das Wasser- und Straßen-
bauamt Karlsruhe vergibt
in öffentlichem Wettbewerb
die Lieferung von beiläufig
4300 cbm Walzschotter aus
Hartgestein in verschiedenen
Losen für die Unterhaltung
der Landstraßen im Jahre
1928. Die Bedingungen lie-
gen auf unserm Geschäfts-
zimmer, Stefanienstraße
Nr. 51, auf. Angebotsvor-
drucke können daselbst in
Empfang genommen oder
auf mit den besonderen
Bedingungen zum Preis
von 50 M bezogen werden.
Die Angebote sind mit der
Aufschrift „Schotterliefe-
rung“ bis zu der auf Sams-
tag, den 21. Januar 1928, vor-
mittags 11 Uhr, anberaumten
Eröffnungstermin bei anber-
eigneten. Zuschlagsfrist
4 Wochen. M. 316
Karlsruhe, 12. Jan. 1928.
Wasser- und Straßenbauamt.

Schotterlieferung.
Das Wasser- u. Straßen-
bauamt Heidelberg vergibt
öffentlich die freie Lieferung
von Walzschotter und Walz-
grus aus Hartgestein:
1. 725 cbm Walzschotter u.
70 cbm Walzgrus auf
Station Schriesheim,
2. 780 cbm Walzschotter u.
90 cbm Walzgrus auf
Station Neulohheim,
3. 530 cbm Walzschotter u.
60 cbm Walzgrus auf
Station Neulohheim,
4. 280 cbm Walzschotter u.
35 cbm Walzgrus auf
Station Redargemünd,
5. 425 cbm Walzschotter u.
50 cbm Walzgrus auf
Station Mauer,
6. 350 cbm Walzschotter u.
45 cbm Walzgrus auf
Station Redesheim,
7. 756 cbm Walzschotter u.
90 cbm Walzgrus auf
Station Dammthal,
8. 500 cbm Walzschotter u.
55 cbm Walzgrus auf
Station Hirschhorn.
Das Material muß spä-
testens bis 1. April d. Js.
aufgeliefert sein. M. 317
Angebote sind bis zum
20. Januar, vorm. 10 Uhr,
beim Bauamt einzureichen.

Rechtsanwalt!

Günstiger Niederlassungsort, mit großem Hinterland,
kein Anwalt am Platze. Beschlagnahmefreie Wohnung,
parterre, sof. bezuehbar, vorhanden, evtl. Kauf der ganzen
Villa mit 10 Zimmern, Auftheilung usw.
und schönem Garten.

Beschleunigte Anfragen direkt an den Besitzer
F. L. Wittlich, Rheinfelden (Bd.), Am Oberheinplatz.

Von militärischer Lieferung vom Jahre 1927
bleibt am Lager 5000 Dg.
Leintücher
ohne Naht, feinfädige, schneeweisse, leinene,
garantiert la Ware, fehlerlos, welche ich für
Erzeugungspreis ausverkaufe.
160x250 cm groß 1 Stück 8,- M
150x250 cm groß 1 Stück 7,50 M
Kleinste Abnahme 1/2 Dg. versendet franco
bezollt, per Nachnahme
Leinenweberei S. MARŠIK, Prag XII, Londynska 57
(Verf. Leintwand, Tisch- und Handtücher usw.
am Lager.) 5.17

Wer sucht
auf hier oberUmgebung gele-
genes Haus, Grundstück usw.
Geld
möglichst langfristig aufzu-
nehmen? Offerten erbeten
unter S. L. 11023 an die
Exp. d. Blattes. 5.10

Korbmöbel
„Mercedes“ ab
Fabrik an jederm.
Günstige Preise,
bequemste Zahlungs-
verf. bis Katalog.
Korbmöbelfabrik „Mercedes“
Lorch (Württemberg)



Badisches Landestheater

Sonntag, 15. Januar 1928
Nachmittags
3. Vorstellung der Sonder-
miete für Auswärtige
Der Freischütz
von Weber
Musikalische Leitung:
Josef Weischer
In Szene gefeiert von
Otto Krauß

Ottolar Bruno Wehrauch
Kuno Böfer
Fagthe Fanz
Aennchen Schneider
Kaspar Dr. Bucherpfennig
Max Wittl
Samuel Prüter
Milian Laufötter
Grenit Vogel

Beit
Sernsdorff
Winter
Burgess
Fischbach
Wusch
Oster
Rüsch
Paulus

Jäger Gröbinger
Bindeimann
Milian
Chöre: Georg Hofmann
Anfang 15 Ende nach 18
I. Rang und I. Sperrfif
4 M.

Cavalleria rusticana
(Sizilianische Bauernrevue)
von Mascagni
Musikalische Leitung:
Josef Krips
In Szene gefeiert von
Otto Krauß

Santuzza von Hartung
Turiddu Straß
Lucia Weiner
Alfio Wehrauch
Lola Seiberlich

Der Bajazzo
von Leoncavallo
Musikalische Leitung:
Josef Krips
In Szene gefeiert von
Otto Krauß

Canio Witt
Nedda Blant
Tonio Rühr
Beppo Kaufötter
Silvio Höfer
Dauer Gröbinger
In der Komödie
Bajazzo Witt
Colombine Blant

Richard Rühr
Lauffötter
Chöre: Georg Hofmann
Anfang 19 1/2 Ende nach 22
I. Rang und I. Sperrfif
8 M.

Montag, 16. Januar 1928
Vollst. Bühne 5

Der Gladius
von Riedel
In Szene gefeiert von
Ulrich von der Trenck

Reinhold Moebke
Wachtel Müller
Proton Schulze
Jean Berg
Meife Frauenborfer
Grete Quatier
Justizrat Prüter
Aurelie Biegler
Müller Gemmede
Oberbürgermeister Höder
Sanitätsrat Schneider
Otto Wehner
Wiernann Graf
Levi Brand
Abelheid Center
Standesbeamte Reinath
Küfer Ostholt
Keller Schellenberger
Stubenmädchen Lautenschlager

Anfang 19 1/2 Ende geg. 21 1/2
I. Rang und I. Sperrfif
5 M.

Der IV. Rang ist für den
allgemeinen Verkauf
freigehalten
Di. 17. Januar: Das vierte
Gebot. Mittwoch, 18. Jan.:
Der Troubadour.

Im Stadt. Konzerthaus
* Sonntag, 15. Januar 1928

**Der Raub
der Gabinetinnen**
von Franz und Paul
von Schönthan
In Szene gefeiert von
Ulrich von der Trenck

Gollwitz Höder
Friederike Frauenborfer
Paula Quatier
Dr. Reumeijter Moebke
Marianne Müller
Karl Groß Gemmede
Emil Groß Leigeb
Striele Müller
Rofa Center
Reißner Schneider

Anfang 19 1/2 Ende 21 1/2
I. Parlett 4,20 M

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Sonntag, 15. Jan.
Abschieds-
vorstellung

**REVUE
Wien
und die
Wiener**

Leichenwagen
liefern als Spezialität
Locher Fahrzeugwerke
G. m. b. H. 6.931
Roch Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorräti-
günstige Zahlungsbedingungen.
Angebote und Bilder kostenlos.
Gebräucher, sehr gut erhaltener
Sanitätswagen auf Gummi-
rädern sehr preiswert abzugeben.